



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/V/171

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33
26. Juli 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

Subventionen - Zur Klärung des Begriffes -	S.1
Die russische Methode -militär-kritische Bemerkungen zum Korea-Feldzug-	S.4
Zur Wahl Ulbrichts zum Generalsekretär der SED	S.5

S u b v e n t i o n e n Von Staatsminister Alfred Kubel

Der "Duden" - Rechtschreibung der deutschen Sprache und Fremdwörter - erklärt den Begriff Subvention als Beihilfe, Unterstützung und fügt in eckigen Klammern hinzu: aus öffentlichen Mitteln.

Im kapitalistischen Wirtschaftssystem haben sich oft genug Subventionen in Unternehmervorteile gewandelt, die im normalen Wettbewerb nicht zu erzielen waren und die zu Lasten des Steuerzahlers gingen. Die Begründungen für solche Subventionen, dass sie letztlich der breiten Verbraucherschicht, oder mindestens einem in Not befindlichen Wirtschaftszweig dienen sollten, verloren dadurch an Gewicht, dass die subventionierten Betriebe oft recht ansehnliche Dividenden ausschütteten.

Im Bundestag ist die Fortsetzung der Subventionierung von Getreidepreisen beschlossen worden. In diesem Falle hatten die Sozialisten durchaus keine Veranlassung, diese Art von Subvention anrüchlich zu finden.

Subventionen aus öffentlichen Mitteln sind grundsätzlich nur dann gerechtfertigt, wenn sie der Masse aller Verbraucher zugute kommen und den Lebensstandard derer mit geringem Einkommen bevorzugt heben. Eine Subventionierung unserer Grundlebensmittel genügt diesem Anspruch ohne Zweifel. Werden die öffentlichen Mittel zur Subventionierung aus dem allgemeinen Steueraufkommen genommen, wird ein gewisser Ausgleich -der

natürlich nicht ausreichend ist - zwischen dem Lebensstandard der Reichen und der Armen hergestellt. Streng genommen gilt das allerdings nur für den Teil des Steueraufkommens, der - wie etwa die Einkommens- und die Vermögensteuer - progressiv gestaffelt ist. Für Einnahmen aus der Umsatzsteuer gilt das nicht, weil sie als ausgesprochene unsoziale Steuerart keine Rücksicht auf Einkommens- und Vermögensverhältnisse des Steuerpflichtigen nimmt. Diese Trennung wird jedoch bei der Verwendung des Steueraufkommens nicht vorgenommen und damit der oben festgestellte Ausgleich des Lebensstandards verschieden begüterter Bevölkerungskreise ein wenig verwässert. Der Reiche hilft, da er mehr Steuern zahlt als der Arme - im Extrem sollte man dabei besonders an jene grossen Bevölkerungskreise denken, die als Rentner, Wohlfahrtsempfänger oder Arbeitslose gar keine Steuern zahlen - die Grundnahrungsmittel für den Armen verbilligen.

Das alles gilt aber nur für Subventionen aus allgemeinen Steueraufkommen, - streng genommen nur für die direkten Steuern - , denn die indirekten Steuern treffen jeden Konsumenten ohne Rücksicht auf sein Einkommen gleichmässig.

In der Debatte um den Brotpreis wurde mehrfach die Frage aufgeworfen, woher die Mittel zur Subventionierung genommen werden sollten. Die derzeitigen Staatseinnahmen - so stellten die Finanzminister fest - reichten nicht einmal aus, die anderen Ausgaben zu decken. Die sozialdemokratische Fraktion ihrerseits konnte sich in der Beantwortung dieser Frage durchaus und mit Recht zurückhalten. Sie hatte rechtzeitig auf die Folgen einer sogenannten Steuerreform hingewiesen, in der zu Gunsten der Großverdiener auf Steuereinnahmen in Höhe von etwa 900 Millionen verzichtet wurde. Damit hatte sich die Regierung die Mittel genommen, selbstverständliche sozialpolitische Maßnahmen, wie z.B. die Getreidesubvention, zu finanzieren.

Aus Kreisen der Bundesregierung wurden mit großem Ernst andere Vorschläge gemacht, wie die erforderlichen Mittel beschafft werden könnten. Als erster Vorschlag kam die Einführung einer Ausgleichsabgabe auf Margarine. Diese Abgabe sollte, ohne die Margarine zu verteuern, die aufgetretene Spanne zwischen gesunkenen Rohstoffpreisen auf dem Weltmarkt und dem augenblicklichen Inlandspreis ausnutzen. Da aber der für Margarine festgesetzte Höchstpreis im Konkurrenzkampf der Margarinefabriken längst unterschritten war, musste sich die Bundesregierung sagen lassen, dass die derzeitigen Preise Ausgleichsabgaben (lies Steuer) nicht mehr tragen könnten. Der festgesetzte Höchstpreis wäre bei Erhebung der Aus-

gleichsabgabe wohl nicht überschritten worden, aber der inzwischen erreichte niedrigere Verkaufspreis im Einzelhandel wäre davon gelaufen.

Sozial denkende Politiker haben sich gegen die Einführung dieser Fettsteuer gewehrt. Die kleinen Einkommensempfänger hätten nämlich bei Einführung der Margarinesteuer und bei Verwendung der daraus gewonnenen Einnahmen zur Subventionierung des Brotgetreides nur eine Verschiebung in der zusätzlichen Belastung ihres schmalen Geldburses erfahren. Bedarf es weiterer Erklärungen, um zu erkennen, dass solche Subventionspolitik nicht zu einem wünschenswerten Ausgleich des Lebensstandards führt?

Die Möglichkeit, aus der sinkenden Preistendenz für Margarine-Rohstoffe ein Geschäft zu machen, haben auch andere Erzeugerkreise gewittert. Der Vorschlag ging dahin, die Preise für Milcherzeugnisse aus der Einnahme der Margarine-Ausgleichsabgabe zu subventionieren. Die Stützung gewisser landwirtschaftlicher Erzeugnisse mag volkswirtschaftlich notwendig sein, für den Zweck dieses Aufsatzes können wir das unterstellen, zumal die Landwirtschaft einseitig unter den Folgen jener unorganischen, zweigleisigen Wirtschaftspolitik der Bonner Experten leidet, die den Preisen für Industrieprodukte freien Raum gab und im ernährungswirtschaftlichen Sektor den Versuch machte, die Preiskontrolle weiterhin durchzuführen.

Hier haben wir ein Musterbeispiel dafür, wie sozial gleichgültig eingestellte Kreise zu Lasten der ärmsten Bevölkerungsschichten - eben der Margarineverbraucher - um es übertrieben darzustellen, die Schlagsahne auf den Himbeertörtchen zum Nachmittagskaffee verbilligen wollten.

Natürlich ist auch denkbar, dass Mittel für notwendige Subventionen nicht aus allgemeinen Steueraufkommen, sondern durch Einführung einer klaren Luxussteuer gewonnen werden können, handelnd nach dem Grundsatz: wer sich Luxus leisten kann, der soll auch mit zur Verbilligung der Grundnahrungsmittel beitragen. Mit genau umgekehrter Zielrichtung wurde im vorliegenden Falle debattiert.

Aus diesen Erfahrungen, glauben wir, kann eine Menge gelernt werden, denn an ihnen zeigt sich, wie gedankenlos oder gefühllos bürgerliche Parteien mit den berechtigten Ansprüchen einer wirklich sozialen Politik umgehen.

Die russische Methode

Von sachverständiger Seite wird uns geschrieben:

Darüber, dass die Kampftaktik und die Führung der nordkoreanischen Verbände nach sowjetischen Grundsätzen erfolgt, besteht jetzt absolute Klarheit. Sofort nach der Besetzung Nordkoreas hatten die Sowjets mit der Aufstellung kleiner Polizeieinheiten begonnen. Seit drei Jahren besteht die volksdemokratische Armee. Sowjetische Ausbilder gab es bis herunter zu jedem Bataillon und bei Spezialeinheiten in jeder Kompanie. Nach dem Abzug der sowjetischen Truppen ist ein Teil von ihnen in nordkoreanischen Uniformen zurückgeblieben.

Wie weit jetzt in der oberen nordkoreanischen Führung sowjetische Offiziere mitwirken, ist nicht zu beurteilen. In der mittleren und unteren Führung sind jedenfalls alle Merkmale sowjetischer taktischer Grundsätze erkennbar. Diese Grundsätze, wie sie sich besonders aus den Erfahrungen der letzten sowjetischen Offensiven des Jahres 1945 in Europa entwickelt haben, sind:

1. Für die Wahl des Angriffsschwerpunktes ist die weichste Stelle in der feindlichen Front maßgebend. Jeder Angriff beginnt mit einem Abtasten der gesamten Front. Als es bei Taejon nicht weiter ging, wurde weiter ostwärts angegriffen, dann an der Ostküste, schliesslich westlich Taejon.

2. An der schwächsten Stelle werden über Nacht die Panzer zusammengezogen, um kurz vor Büchsenlicht anzutreten. Im Fahren schiessend, operieren sie selbständig und haben den Auftrag, ohne auf ihre Flanken zu achten, weit vorzustossen. Die nachfolgende Infanterie, je nach Feindwirkung zu Fuß oder zeitweise auf Motorfahrzeugen aufgesessen, hat die Aufgabe, die feindliche Artillerie zu vernichten und Panzerabwehrinsein auszuschaftern. Diese Taktik hatte sich bei der nur noch schwachen deutschen Front bewähren können. Das anfängliche Fehlen moderner Panzerabwehrmittel beim Gegner musste den Nordkoreanern noch grössere Erfolge bringen, wie der Panzerdurchbruch südlich Söul am 30.6. zeigte, der, nur mit 50 Panzern durchgeführt, die Front völlig aufriß.

3. Die Partisanen werden weitgehend zur Unterstützung der Offensiven eingesetzt. Bei der nordkoreanischen Armeeführung befindet sich der obere Partisanenstab mit je einem Verbindungsmann zu einer der Partisanen-Abteilungen. Die Verbindung wird durch Kurzwellenfunk aufrechterhalten. Aufgrund der Erfahrungen in China besteht die Aufgabe der Partisanen jetzt aber weniger im Kampf als in der Aufklärung und Erkundung. Als herumirrende Flüchtlinge können sie überall an der Front auftauchen

und z.B. das Instellunggehen jeder Batterie melden. Auch die Amerikaner haben bisher kein rechtes Mittel gefunden, sich dieser Spionage zu erwehren. An Flüssen werden die Partisanen ausserdem dazu angesetzt, neben der Erkundung der günstigsten Übergangsstelle, in der Nähe vorhandenes Brückenmaterial heranzuschaffen. Den Nordamerikanern war es ein Rätsel, wie wenige Stunden, nachdem die Nordkoreaner den Kum erreicht hatten, bereits die ersten Stalin-Panzer mit ihrem Gewicht von 57 t am Südufer auftauchen konnten. Mit viel Erfolg verwenden die Nordkoreaner auch die Taktik, die Partisanen an den für den Feind wichtigsten Punkten für Truppenverschiebungen durch entsprechende Leitung der Flüchtlinge umfangreiche Verstopfungen hervorrufen zu lassen.

Diese taktischen Grundsätze gelten für den offensiven Bewegungskrieg. Aber auch für eine notwendig werdende Verteidigung verfügen die sowjetischen Instruktoren über bewährte Erfahrungen. Die Amerikaner stellen sie in Rechnung, wenn sie feststellen, dass der Krieg in Korea sich noch lange hinziehen werde. Entscheidend ist hierfür letztlich, ob sich die amerikanische Ansicht bestätigt, dass die Entwicklung der Raketen-Panzerabwehrwaffen die Stoßkraft der Panzer so herabgemindert hat, dass es wieder zu einem Stellungskrieg kommt. Die Amerikaner haben die ersten derartigen Waffen eingesetzt. Die Sowjets werden kaum zögern, ihre entsprechenden Waffen einer Fortbewährung zu unterziehen.

- - -

Das ideale Werkzeug

Zur Wahl Ulbrichts

sp. Die Figur Walter Ulbricht hat den III. SED-Parteitag in einem Grade beherrscht, der für die Beurteilung der politischen Situation in der Sowjetzone durch das Moskauer Politbüro sehr aufschlussreich ist. Er wurde jetzt auch nach außen hin und in aller Form als Chef bestätigt, für den allein noch der Befehl des Kremls gilt. Jedes Wort, das er auf dem Parteitag gesprochen hat, gewinnt damit ebenso an Gewicht, wie jede seiner früheren Äusserungen, denn Moskau pflegt bei der Auswahl seiner Spitzenfunktionäre entscheidenden Wert gerade auch auf Bewährung in der Vergangenheit zu legen. Ein Otto Grotewohl oder Georg Dertinger werden nie in dem Genuss des uneingeschränkten Vertrauens ihrer Moskauer Auftraggeber kommen.

Der überschwengliche Erfolgsbericht und die bombastischen Voraussagen Ulbrichts waren im Grunde obligatorische Äusserungen ohne beson-

deren politischen Wert. Interessant war vielmehr die überaus heftige Kritik des neuen Chefs an der Tatsache des ständig zurückgehenden kommunistischen Einflusses in Westdeutschland und die Ankündigung erhöhter Aktivität in diesem Raum. Sie ist freilich schon seit einiger Zeit im Gange, wie die Aufdeckung einer stattlichen Namensliste von kommunistischen Saboteuren mit Spezialaufträgen zeigt, über die Hans Jahn, der Vorsitzende der Eisenbahnergewerkschaft, berichtete. Man verspricht sich aber keinen Erfolg von dieser Arbeit, wenn sie durch die kommunistischen Organe in Westdeutschland allein getragen wird. Es wurde deshalb ein neunköpfiger Ausschuss gewählt, den man als den Generalstab für die bolschewistische Propaganda und Sabotage in der Bundesrepublik bezeichnen kann. Chef dieses Generalstabes aber ist kein anderer als Ulbricht selbst. Es ist nützlich, sich aus diesem Anlaß einiger Daten aus dem politischen Leben dieses Mannes zu erinnern.

Es ist derselbe Ulbricht, der 1940 in Presse und Rundfunk die deutschen Arbeiter aufforderte, der nazistischen Rüstungsmaschine keinen Schaden zuzufügen. Das war zu der Zeit des sowjetisch-hitlerischen Bündnisses, in der Ulbricht als der eifrigste Verfechter der These von Hitlers anti-imperialistischem und deshalb gerechtfertigten Krieg auftrat. Es ist derselbe Ulbricht, der dann 1943 Initiator des "Deutschen Nationalkomitees" wurde und 1945 mit den bolschewistischen Truppen als "Befreier" in Berlin einzog. Und es ist derselbe Ulbricht, der wiederum fünf Jahre später das Grenzabkommen zwischen der Sowjetzone und Polen unterzeichnete und diesen Landesverrat als Friedens- und Freundschaftstat hinzustellen sich anmasste.

Ulbricht ist sowjetischer Staatsbürger. Er ist das lebende Schulbeispiel für die Taktik und Strategie des sowjetischen Imperialismus. Keine seiner Handlungen verleugnet die in langen Jahren am Moskauer Hof genossene Schulung, jede Situation für die weltpolitischen Ziele der Sowjets und gegen freiheitlich-demokratische Kräfte auszunutzen. Er ist Demagoge von Beruf und aus Berufung, der heute der gleiche ist, der er gestern war und morgen sein wird. Auch künftig wird er nicht an erster Stelle der offiziellen Rangordnung stehen - aber er wird der Weichensteller für Pieck und Grotewohl, und nicht zuletzt für den kleinen Gernegross Reimann. Er ist die vollkommene Verkörperung eines willfährigen Werkzeuges des Sowjetimperialismus auf deutschem Boden. Wenn dieser Mann, an dem nichts Deutsches mehr ist, feierlich als der maßgebende Politiker der Sowjetzone bestätigt wurde, dann ist das der Beweis dafür, dass die Sowjetzone ein russisches Gouvernement werden soll und das alles nationale Getön Tarnung und Betrug ist.